

Positionspapier zu Elektromobilität der Fraktion B90/Grüne Rheinland-Pfalz

Im Rahmen ihrer Sommerklausur am 28. – 30. Juni 2017 in Berlin hat die Landtagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Rheinland-Pfalz folgendes Positionspapier beschlossen:

I. Elektromobilität als Teil der Verkehrswende voranbringen

Umweltbelastung durch den Straßenverkehr wächst

Für die Erreichung des Ziels einer nachhaltigen Entwicklung ist eine menschen- und umweltverträgliche Verkehrspolitik unverzichtbar. Während in privaten Haushalten, in der Industrie und bei der Energiegewinnung die Emissionen sinken, steigt der Schadstoffausstoß durch Verkehr. In Deutschland gehen fast 20 Prozent der Treibhausgasemissionen vom Verkehrssektor aus. In unseren Städten sind es sogar 70 Prozent aller klima- und umweltschädlichen Emissionen. Laut Umweltbundesamt wurde der EU-Grenzwert für Stickoxid im vergangenen Jahr weder in Mainz noch in Ludwigshafen oder Koblenz eingehalten. Dies bedeutet eine große Gefahr für Atemwegs- oder Herz-Kreislaufkrankungen.

An umweltschonender Automobiltechnik führt kein Weg vorbei

Neben der Fortführung der Energiewende ist deshalb die Verkehrswende ein wichtiger Baustein der GRÜNEN Klimaschutzpolitik. Verkehrswende bedeutet für uns eine vernetzte Mobilität, welche die Raum- und Siedlungsstruktur berücksichtigt. Dazu gehört, dass wir den Ausbau der Infrastruktur für die E-Mobilität voranbringen, das Bahnnetz verbessern, den ÖPNV dieselfrei machen, Car- und Bikesharing, inklusive E-Lastenräder, stärken und darüber hinaus für sicherere, bedarfsgerecht ausgebaute Wege für Fahrradfahrer und Fahrradfahrerinnen sowie für Fußgänger und Fußgängerinnen sorgen wollen. Wir wollen alltagstaugliche Wege entwickeln, um Verkehr zu vermeiden, zu verlagern oder verträglich abzuwickeln, ohne, dass Menschen weniger mobil sein sollen.

Primäres Ziel ist für uns, dass die Angebote im öffentlichen Verkehr so ausgestaltet werden, dass die Menschen gerne bereit sind, das Auto stehen zu lassen. Dennoch ist klar, dass das Elektroauto eine wichtige Komponente für die Energiewende spielen wird.

Erste Schritte in Rheinland-Pfalz sind bereits getan: Im Jahr 2014 haben wir das erste Landes Klimaschutzgesetz verabschiedet und der Reduktion von Treibhausgasen damit einen verbindlichen rechtlichen Rahmen gegeben. Die vor kurzem eingerichtete „Lotsenstelle alternative Antriebe“ bei der Energieagentur Rheinland-Pfalz dient künftig als Wegweiser für die Umstellung auf alternative Antriebssysteme in Kommunen. Insgesamt sind derzeit 23 Prozent der Dienstwagenflotte der Landesregierung mit

batterieelektrischem oder Plug-In-Hybridantrieb ausgerüstet. Landesweit verfügen wir aktuell über 284 öffentlich zugängliche Ladepunkte, womit wir im Durchschnitt der deutschen Flächenländer liegen und einen Start für die Entwicklung hin zu einem flächendeckenden Angebot bieten. 186 Schnellladesäulen sowie weitere Normalladesäulen sind mit Unterstützung des Bundesprogramms Ladeinfrastruktur in Planung. Darüber hinaus wird ein Projekt „Elektromobilität im ländlichen Raum – Entwicklung einer Pilotregion im Westerwald“ vom rheinland-pfälzischen Umweltministerium umgesetzt werden.

Um die Elektromobilität in dieser Legislaturperiode weiter voranzubringen, sind folgende Schritte notwendig:

- Ein zügiger und zielstrebigem Ausbau der Ladeinfrastruktur, so dass im rheinland-pfälzischen Straßennetz im Umkreis von maximal 10 Kilometer eine öffentlich zugängliche Ladesäule erreicht werden kann;
- Die Umstellung der Dienstwagen des Landes auf E-Mobilität bis 2025, für Sonderfahrzeuge, beispielsweise der Polizei oder des Forsts, wird die Umstellung an die technischen Möglichkeiten gekoppelt;
- Die Entwicklung eines zeitlichen Fahrplans für die schnellstmögliche Umstellung aller übrigen Fahrzeuge von öffentlichen Stellen auf alternative Antriebe und E-Mobilität in Rheinland-Pfalz;
- Die Unterstützung des zügigen Umbaus der Busflotten in den Verkehrsverbänden und Verkehrsgesellschaften auf E-Mobilität oder Wasserstoffantriebe;
- Die Weiterentwicklung der Verkehrsverbände zu modernen Mobilitätsverbänden;
- Die technologieoffene Ausschreibung von Zugkilometern auf nicht elektrifizierten Strecken, bei der Diesel- oder andere Verbrennungsmotoren ausgeschlossen werden, um die völlige Emissionsfreiheit auf der Schiene zu erreichen;
- Ein Pilotvorhaben, um die Möglichkeiten der verkehrsträgerübergreifenden Nutzung von E-Bikes und Bussystemen zu prüfen;
- Möglichkeiten zur Steigerung der Attraktivität der Angebote für die Beratung und die Förderung von Kommunen, die ihren innerstädtischen Logistikverkehr auf E-Fahrzeuge umstellen oder kommunale Elektromobilitätskonzepte entwickeln wollen.

Rheinland-Pfalz kann vom Technologiewandel in der Automobilindustrie profitieren. Wir haben starke und innovative Unternehmen im Land, die bereits heute großen Sachverstand in Batterietechnologie oder Automatisierung erarbeitet haben. Mit Tesla Grohmann Automation in Prüm hat auch der bedeutendste Vorreiter der E-Mobilität inzwischen ein Standbein in unserem Land. Diese Stärken wollen wir ausbauen und Rheinland-Pfalz zu einem Innovator für zukünftige Mobilitätssysteme machen. Gerade der mittelständischen Zulieferindustrie wollen wir für Forschung und Produktion, Hilfe und Partner beim Bewältigen des anstehenden Wandels sein.

II. Förderung muss auf Bundesebene verbessert werden - Wir brauchen eine zukunftsweisende Strategie

GroKo-Prämie ist ein Flop

Der Absatz von Elektroautos kommt nicht voran. Ein Jahr nach Inkrafttreten der Kaufprämie für Elektroautos ist das Ergebnis ernüchternd. Bisher ist die Prämie nur 20.000 Mal beantragt worden. Ein peinliches Zwischenzeugnis für die Bundesregierung. Eine Million Elektroautos bis 2020: Dieses selbstgesteckte Ziel hat Bundeskanzlerin Merkel vor kurzem selbst kassiert. Aber das ist wenig verwunderlich, wenn die Bundesregierung statt der konsequenten Förderung der E-Mobilität lieber ihre schützende Hand über den Diesel hält. Damit schadet die Bundesregierung nicht nur der Energiewende, sondern auch der deutschen Automobilindustrie. Sie verschläft die Zeitenwende hin zur E-Mobilität. Das gefährdet viele Arbeitsplätze in ganz Deutschland auch bei zahlreichen hochspezialisierten Zulieferbetrieben in Rheinland-Pfalz.

Die Entwicklungen zeigen ein stetig wachsendes Potential für die E-Mobilität. Mit der heutigen Reichweite von 250 bis 400 Kilometern ist das Elektroauto für die meisten Menschen alltagstauglich. Es kann zu Hause aufgeladen werden und alle typischen Fahrten zur Arbeitsstelle, Schule oder zum Einkaufen können ohne Probleme oder zusätzlichem Laden bewältigt werden. Dennoch hemmen der weiterhin hohe Anschaffungspreis und die Unsicherheit wegen der noch fehlenden Ladeinfrastruktur den endgültigen Durchbruch. Wir sind aber überzeugt: der Strukturwandel in der E-Mobilität wird schnell an Dynamik gewinnen. Und ab 2030 braucht es dann voraussichtlich keine Pkw mehr, die mit Benzin oder Dieselantrieb *neu* zugelassen werden müssen.

Strom, Wärme und Verkehr gemeinsam denken

Die Verzahnung der drei Sektoren Strom, Wärme und Verkehr bietet für die Energiewende viele Vorteile. So kann zum Beispiel die Sektorenkopplung bei Netzengpässen helfen: Statt Anlagen zwischenzeitlich abschalten zu müssen, kann deren Strom beispielsweise zur Gewinnung von Wärme oder Wasserstoff für wasserstoffbetriebene Autos genutzt werden oder Elektroautos können zwischenzeitlich als Speicher dienen. Bisher finden diese Möglichkeiten noch zu wenig Beachtung.

Viele Sachverhalte lassen sich allerdings nicht im Rahmen der Kompetenzen des Landes umsetzen. Hier wollen wir über den Bundesrat im Bund tätig werden.

Unter anderem setzen wir uns dafür ein, dass:

- ab 2030 nur noch abgasfreie Autos vom Band rollen werden;
- ein Bonus-Malus-System in die Kfz-Steuer für Neuwagen eingeführt wird, welches sich konsequent an der Höhe der Schadstoffemissionen und den CO₂-Grenzwerten orientiert;
- die Besteuerung von Dienstwagen um eine ökologische Komponente erweitert wird;
- Forschung und Projekte im Bereich der Sektorenkopplung unterstützt werden und gesetzliche Hürden (z.B. bei der Power-to-Gas) abgebaut werden;
- Abgas- und Verbrauchstests realistisch und ihre Ergebnisse nachvollziehbar werden und unabhängige Institutionen wirksame Kontrollen schaffen;
- wir den Ausbau der Erneuerbaren Energien und Speicher schnell voranbringen
- die Bundesförderung für den Ausbau von Radschnellwegen deutlich erhöht wird und die Förderkriterien überarbeitet werden, damit auch Pendler Routen jenseits der Ballungsräume gefördert werden können;
- der Anteil des elektrifizierten Schienennetzes und die Wettbewerbsfähigkeit des Schienenverkehrs verbessert werden;
- bei den vom „Dieselgate“ betroffenen Fahrzeugen eine echte Umrüstung erfolgt, die zu niedrigeren Abgaswerten führt und Verbraucherinnen und Verbraucher Entschädigungen für Fahrzeuge erhalten, die sich nicht entsprechend umrüsten lassen;
- kundenfreundliche, für alle Systeme kompatible Abrechnungsmöglichkeiten an Ladesäulen eingeführt werden;
- die Landstromversorgung von Schiffen in den Häfen ausgebaut wird.

III. GRÜNER Anstoß für *Landesinitiative Elektromobilität* - gemeinsam für den Klimaschutz

Um die Pariser Klimaschutzziele zu erreichen, wird die Transformation der Mobilität eine entscheidende Rolle spielen. Die Mobilität der Zukunft muss emissionsfrei sein, Carsharing und die Vernetzung von Bus, Bahn, und Fahrrad selbstverständlich. Wir wollen, dass Rheinland-Pfalz ganz vorne mit dabei ist, wenn es darum geht, Klima und Ressourcen zu schützen. Um diese Ziele zu erreichen, wollen wir die Anstrengungen in einer *Landesinitiative Elektromobilität* bündeln und damit alle Partner in Politik, Wirtschaft und Kommunen an einen Tisch bringen.